

Deutsche Realitätsverweigerung



Konfrontationen zwischen Staaten sind wieder an der Tagesordnung, das weiß man spätestens seit dem russischen Krieg in der Ostukraine. Das Bild zeigt ukrainische Panzer im August 2014 nahe der Ortschaft Debalzewe

Die Welt hat sich verändert. Rivalitäten und Konfrontation zwischen Staaten sind wieder an der Tagesordnung. Doch Regierung und Parlament wollen diesen fundamentalen strategischen Wandel nicht wahrhaben

Im Frühjahr 2014 bekam der Verfasser dieses Artikels einen freundlichen Brief des damaligen Außenministers Frank-Walter Steinmeier. Dieser bat darum, auf vier bis fünf Seiten darzulegen, was an der deutschen Außenpolitik gut und was verbesserungswürdig sei. Das Ergebnis sollte dann in einen „Global Review“ des Auswärtigen Amts einfließen. Ziel war es, eine kritische Bestandsaufnahme deutscher Außenpolitik vorzunehmen.

In seiner Antwort führte der Verfasser aus, dass wegen des Aufstiegs Chinas zur Großmacht und nicht zuletzt angesichts der russischen Annexion der Krim und der hybriden Aggression im Donbass davon ausgegangen werden müsse, dass die Zeiten einer kooperativen deutschen Außenpolitik vorbei seien. Es setze nun eine Phase ein, in der strategische Rivalität und Konfrontation an der Tagesordnung seien. Dies mache eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik notwendig.

Das Schreiben wurde im Auswärtigen Amt nicht besonders wohlwollend aufgenommen. In der Dokumentation, die das Amt später herausgab, kam das Papier nicht vor. Das Amt stellte hauptsächlich die lobenden Stimmen heraus, wenngleich es einräumte, dass die regelbasierte internationale Ordnung gefährdet sei. Ähnlich ging es im Rahmen des Weißbuch-Prozesses zwei Jahre später weiter. Zwar wiesen die Autoren des Weißbuchs darauf hin, dass Russland die strategische Rivalität mit dem Westen suche. Aber im Wesentlichen blieb es bei einer deutschen Weltsicht, die einen strategischen Wandel ignorierte.

Dieser Wandel war damals bereits in vollem Gange. Seitdem aber hat er sich dramatisch beschleunigt. Und das hat mit Donald Trump zu tun. Seit seinem Amtsantritt im Januar 2017 stellt dieser Präsident mit einer Politik des Neo-Isolationismus alle internationalen Bündnisse und strategischen Allianzen der USA ebenso in Frage wie die Rolle seines Landes als Garant einer liberalen internationalen Ordnung. An-

fangs noch von erfahrenen Politikern und Generälen gehemmt, entfaltet sich seit Anfang 2019 das volle außenpolitische „Genie“ des Donald T. Trump. Der von ihm ohne Not und gegen den Rat aller Experten vollzogene Abzug aus Nordsyrien schaffte nicht nur für die bis dahin mit den USA verbündete Kurdenmiliz YPG eine ausweglose Situation. Nunmehr sah sich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan ermutigt, eine weitere militärische Invasion im Norden Syriens vorzunehmen mit dem offenkundigen Ziel, die ethnische Zusammensetzung in der Region zu verändern.

Profitiert haben davon auch der russische Präsident Wladimir Putin, der syrische Diktator Baschar al-Assad und das Mullah-Regime in Teheran. Wenn es ein Verdienst Trumps gibt, dann besteht es darin, die deutsche Illusion zerstört zu haben, wonach sich nichts Wesentliches in der internationalen Politik geändert habe. Tatsächlich ist die internationale Politik zunehmend durch strategische Konfliktlinien und beginnende Anarchie charakterisiert.

Der Rückzug der USA aus dem Nahen Osten gibt einen Vorgeschmack da-

rauf, was passieren wird, wenn Donald Trump mit seinem Nationalismus und Isolationismus weitermacht. Überall dort, wo die USA bislang durch Sicherheitsgarantien oder durch ihre Hegemonie den Frieden mehr oder weniger gut gesichert haben, bricht dann voraussichtlich internationale Anarchie aus. Darunter versteht man einen Zustand der internationalen Politik, wonach das Recht des Stärkeren gilt, Staaten Bündnisse eingehen und wieder aufgeben und jeder gegen jeden um seinen Vorteil kämpft. Internationale Anarchie hat es in Europa vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg gegeben. Sie bringt einen Typus von verantwortungslosen, nationalistischen Macho-Politikern hervor, die angeblich zum Wohl ihrer Nation rücksichtslose Abenteuer eingehen.

Die Konturen dieser Anarchie sind mittlerweile klar erkennbar: Russland sucht die Konfrontation mit dem Westen, um sein altes Imperium wieder herzustellen. Zudem nutzt Putin Konflikte mit dem Westen, um die Herrschaft seines korrupten Machtzirkels zu sichern. China fühlt sich stark genug, die USA als globalen Konkurrenten herauszufordern. Der Iran möchte zur Vormacht im Nahen Osten werden und Erdogan die Größe und Vormacht des Osmanischen Reiches wieder herstellen.

Die Schauplätze dieser strategischen Konfrontationen befinden sich in unterschiedlichen Regionen. In Ostasien verhält sich China immer anmaßender und aggressiver gegenüber seinen Nachbarn. Russland bedroht die Ukraine und die baltischen Staaten. Der Iran dehnt seinen Einfluss mit Hilfe seiner schiitischen Stellvertreter im Nahen Osten immer weiter aus. Und Nordkorea erlaubt sich eine Provokation nach der anderen mit Raketen unterschiedlicher Reichweite, die wie aus dem Nichts auftauchen und wieder verschwinden. In Syrien hat Russland dafür gesorgt, dass das verbrecherische Assad-Regime wieder weite Teile des Landes kontrolliert. Und im Norden Syriens führt die Türkei ▶

Die internationale Politik ist zunehmend durch strategische Konfliktlinien und beginnende Anarchie charakterisiert

einen Krieg gegen Kurden, bei dem es zu ethnischen Säuberungen kommt.

Im Unterschied zur internationalen Anarchie vor den beiden Weltkriegen stehen die Großmächte Europas dieses Mal nicht im Mittelpunkt. Aber das ist nur ein bescheidener Trost. Europa gilt heute als befriedet, da Deutschland, Frankreich und Großbritannien in Frieden miteinander sind. Aber Russland stellt erneut eine Bedrohung für Nordeuropa sowie für den Schwarzmeerraum dar und ist gerade dabei, den Balkan zu destabilisieren. Moskau geht es primär darum, die von den USA gestiftete internationale Ordnung zu zerstören.

Deshalb bleibt Europa von der internationalen Anarchie nicht verschont. Deutschland ist darauf nicht vorbereitet, vor allem nicht für den Fall, dass sich die USA weiter zurückziehen. Sieben Jahrzehnte lang haben die USA die internationale Ordnung und Sicherheit garantiert. Vor allem Deutschland hat davon profitiert. Ausgerechnet heute, wo die USA in dieser Funktion mehr gefordert sind als je zuvor, sitzt im Weißen Haus ein Präsident, der in seiner narzisstischen Ignoranz auf Nationalismus und Isolationismus setzt.

Erstaunlich ist, wie wenig dieser fundamentale Strukturwandel der internationalen Beziehungen von der deutschen Politik erfasst wird. In Großbritannien und Frankreich stellen aktuelle nationale Grundsatzpapiere zur Außen- und Sicherheitspolitik die Tatsache in den Vordergrund, dass die internationalen Beziehungen heute wieder durch strategische Konkurrenz gekennzeichnet sind. In deutschen Regierungsdokumenten gibt es keine vergleichbare Aussage. Der „Global Review“ von 2014 kam zwar zu dem Ergebnis, dass die internationale Ordnung gefährdet sei. Darüber hinaus aber ist nicht erkennbar, dass der internationale Strukturwandel in der deutschen Politik angekommen ist und verstanden wurde.

Die politische Diskussion in Berlin ist stattdessen von meist hektischen und oberflächlichen Debatten charakterisiert. Jüngstes Beispiel ist die Initiative von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer für eine internationale Sicherheitszone in Nordsyrien. Der

Vorschlag war gut gemeint, kam aber ein Jahr zu spät. Er war innerhalb der Bundesregierung nicht abgesprochen und wurde von Außenminister Heiko Maas mehr oder weniger brüsk abgelehnt, der anschließend nach Ankara fuhr, um dort die türkischen Militärs für ihren angeblich effektiven Einsatz gegen den sogenannten Islamischen Staat zu loben. In Ankara wurde Maas von seinem türkischen Kollegen dabei in einer Art und Weise gemäßregelt, die eigentlich den Abbruch des Besuchs nahegelegt hätte.

Die nachfolgenden politischen Debatten innerhalb der Koalition verrieten nur eines: weitgehende Konzeptionslosigkeit und eine beginnende Anfälligkeit für die Akzeptanz gesichtswahrender Scheinlösungen. Die Bundesregierung hätte viel besser auf diese Lage vorbereitet sein können. Es reicht nicht aus, darauf zu verweisen, dass der „Gesprächsfaden“ mit der Türkei „nicht abreißen“ dürfe. Es war Zeit genug, über Zwangsmaßnahmen auf nationaler und euro-

päischer Ebene nachzudenken für den Fall, dass Erdogan seine lange angekündigte Drohung wahrmacht und in Nordsyrien einmarschiert. Die Beziehungen der Türkei zur EU und insbesondere zu Deutschland sind eng und asymmetrisch. Da hätte es genügend Hebel gegeben, um Erdogan wirklich zu treffen.

Auch die nunmehr offen im Raum stehende türkische Drohung, die Flüchtlingswelle gen Europa in Bewegung zu setzen, ist seit langem bekannt. Eine massive deutsche Ertüchtigungshilfe für die griechische, bulgarische und nord-mazedonische Grenzpolizei hätte hier beizeiten Abhilfe schaffen können. Die Politik der Bundesregierung gegenüber der Türkei ist jedoch zahnlos und abweisend, schlicht Beschwichtigungspolitik. Erdogan hat sich schon lange entschieden, den Westen zu verlassen. Wir sollten ihm diesen Weg so schwer wie möglich machen – schon mit Blick auf die vermutliche Mehrheit der Türken, die das nicht will. Aber das Gegenteil



Sitzung der Nato-Mitgliedsstaaten im April 2019 in Washington. Das Bündnis garantiert auch heute noch die verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands



Es ist unverständlich, dass die Bundesregierung noch immer damit hadert, das Zwei-Prozent-Ziel in der Nato zu erfüllen

ist der Fall. Die deutsche Beschwichtigungspolitik bestärkt den innenpolitisch mittlerweile heftig umstrittenen Erdogan darin, weiter den Weg ins politische Niemandsland zu gehen.

Die deutsche Russland-Politik ist ähnlich. Da sind auf der einen Seite die Nato und die EU, die von Moskau fordern, das Minsker Abkommen umzusetzen und die Annexion der Krim rückgängig zu machen. In beiden Organisationen ist Deutschland Mitglied, nicht zuletzt auch, weil es allein außenpolitisch nicht handlungsfähig ist. Es sollte also ein großes Interesse daran haben, die in EU und Nato für richtig erachtete Politik konsequent umzusetzen. Das betrifft sowohl die Wirtschaftssanktionen, als auch verstärkte Verteidigungsanstrengungen. Doch auf der anderen Seite finden sich Politiker hauptsächlich der SPD, aber auch der Union, die immer wieder den angeblich überfälligen Neubeginn der Beziehungen zu Russland und ein Ende der Sanktionen fordern.

Während etwa Außenminister Maas Hoffnungen auf eine „politische Lösung“ im syrischen Bürgerkrieg unter russischer und türkischer Vermittlung sieht, wollen andere die Möglichkeit ergreifen, durch einen westlichen Wiederaufbauplan für Syrien die Beziehungen zu Russland zu „normalisieren“. Die Gleichung lautet: Russland stabilisiert Syrien, was dem Westen nicht gelang. Und dafür zahlt der Westen den Wiederaufbau. Das sind pseudo-machiavellistische Rezepte, die dazu führen würden, dass das derzeit blutigste Regime der Welt auf Kosten europäischer Steuerzahler für seine menschenfeindliche Politik belohnt wird. Zur Erinnerung: Der von Assad vom Zaun gebrochene Krieg in Syrien hat etwa eine halbe Million Tote gefordert. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung wurde ins Ausland vertrieben. So würde ein weiteres totalitäres System in der europäischen Nachbarschaft entstehen, das dauerhaft seinen russischen und iranischen Unterstützern verpflichtet ist.

Es gibt noch ein Gebiet, auf dem zu sehen ist, dass die deutsche Politik den fundamentalen Wandel der internationalen Beziehungen nicht erkannt hat. Es ist die deutsche Politik gegenüber der

Nato. Das Bündnis garantiert die verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands. Deshalb müsste die Bundesregierung alles daransetzen, die Nato zu erhalten und zu stärken. Das bedeutet in erster Linie, dass die USA an Bord bleiben und sich für die Verteidigung Europas engagieren. Dafür muss Deutschland mehr tun. Die Amerikaner fordern nicht erst seit Trump, dass die Bundesrepublik mehr für Verteidigung ausgeben muss.

Doch noch nie zuvor hatten die USA einen erratischen Präsidenten wie diesen. Nicht zuletzt seit Trumps Entscheidung, die Kurden ihrem Schicksal zu überlassen, kann niemand mehr ausschließen, dass er nicht auch anderen Verbündeten den Rücken zukehrt. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass die Bundesregierung noch immer damit hadert, das Zwei-Prozent-Ziel in der Nato zu erfüllen. Vor allem die SPD bewertet die Gefahr eines angeblich drohenden „Rüstungswettlaufs“ offenkundig höher als den Zerfall der Nato.

Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vermittelt den Eindruck beängstigender Realitätsverweigerung. Dabei mangelt es nicht an den richtigen Analysen. Das Planungsamt des Verteidigungsministeriums hat vor Jahren die Möglichkeit der Entwicklung aufgezeigt, die wir heute sehen. Doch vor allem im Kanzleramt und im Außenministerium fehlt die Bereitschaft, die Dinge so zu sehen, wie sie sind. Viele Politiker befassen sich nicht gern mit unangenehmen oder bedrohlichen Entwicklungen. Sie wollen nach wie vor daran glauben, dass sich alle internationalen Probleme durch Multilateralismus und Dialog lösen lassen. Sie beharren darauf, dass mit militärischen Instrumenten keine Probleme zu beheben sind, während andere diese Probleme mit eben jenen militärischen Mitteln schaffen. Die deutsche Politik bewegt sich in einem abgekapselten Raum der Illusionen und der sich selbst stabilisierenden Narrative, aus dem es eines Tages ein sehr unangenehmes Erwachen geben könnte. ■

PROF. DR. JOACHIM KRAUSE
ist Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel.